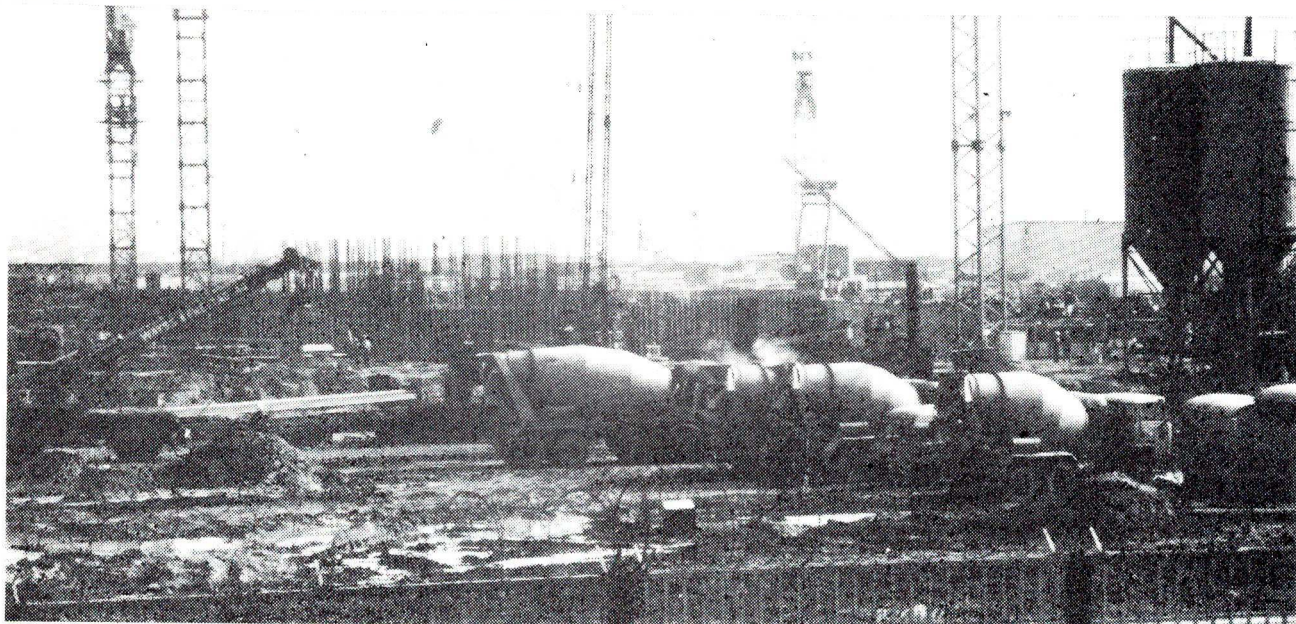


# BROKDORF-

## Der unbeachtete Weiterbau



**Das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD war angerückt. Die Gerichte stritten über die Rechtmäßigkeit der Demo. Trotzdem kamen am 28.2.81 einhunderttausend in die Wilster Marsch, um gegen das geplante Monster an der Unterelbe und gegen die Wiederaufnahme der Bauarbeiten am 6.2. zu demonstrieren. Das Ergebnis waren viele Verletzte und Gefrustete und eine Kriminalisierungskampagne, gestützt auf die Heidet-Fotos, gegen die ganze Anti-AKW-Bewegung. Seitdem ist es ruhig geworden. Aus der Wilster Marsch kamen nur noch Meldungen von Einzelaktionen. Seit dem 1.10.81 läuft der Prozess gegen Markus und Michael, und wenn über Brokdorf berichtet wird, dann fast nur noch über diesen Schauprozess, der eigentlich keiner ist, denn die Urteile stehen schon von Anfang an fest. Fast unbemerkt hat die NWK in dieser Zeit zügig weitergebaut. Vor kurzem waren wir in Brokdorf und haben uns umgeschaut.**

Wie schon bei der Weihnachtsdemo, so hatten wir auch diesmal Petrus zur Seite - die Sonne lud zum Sonnenbaden am Deich ein, wenn da nicht diese bedrohliche Baustelle wäre. Das Gelände ist inzwischen zu einem Industriepark geworden. Etliche Baukräne überragen das Gelände, auf dem emsig von ca. 500 Leuten daran gearbeitet wird, daß wir endlich den ach so billigen Atomstrom bekommen.

Daneben immer noch die Leute der Wachgesellschaft, die sich vor Langeweile die Beine in den Bauch stehen. Als sie endlich mal wieder fremde Gesichter und Autokennzeichen erblickten, schienen sie richtig erfreut, denn sofort setzte reges, nervöses Handeln ein. Handfunkgeräte, Kuli, Notizbuch und Fernglas hatten endlich mal wieder eine sinnvolle Funktion. Wahrscheinlich hatten die lieben

Wachleute auch endlich wieder die Genugtuung zu wissen, daß sie ihr Geld doch rechtmäßig verdienen.

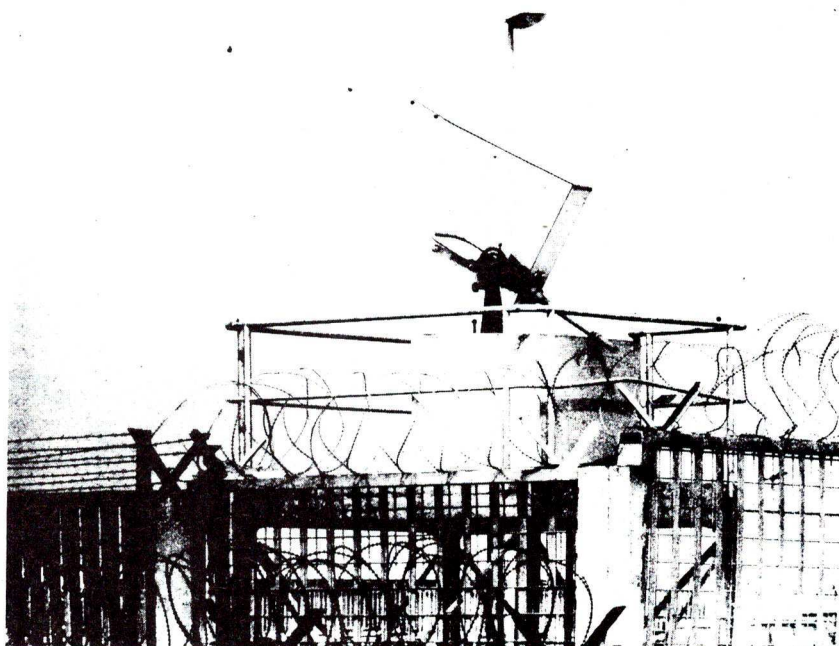
Vielleicht hätten wir uns vorher anmelden sollen, dann wäre wohl auch der Nato-Draht vom ansetzenden Rost befreit worden.

Doch Spaß beseite, denn die Sache ist ernst (oder besser stolti). Zur Zeit liegen drei Teilerichtungsgenehmigungen (TEG) vor, die letzte wurde am 8.1.erteilt.

Die 1.TEG beinhaltet den Standort und die Baustelleneinrichtung (die damals bei Nacht und Nebel vorgenommen wurde), das Aufspülen des Kraftwerksgeländes und die Grün-

dung des Reaktorgebäudes. Die 2.TEG enthält die Errichtung des Sicherheitsbehälters, den Rohbau des Reaktorgebäude sowie die Gründung der Hilfs- und des Schaltanlagengebäudes. Die 3.TEG umfaßt den Bau des Maschinenhauses, der Kühlwasserbauwerke und Nebengebäude.

Am 9.2. wurden mit dem Gießen der Pfahlkopfplatte die Gründungsarbeiten für das Reaktorgebäude abgeschlossen und somit die 1.TEG. Diese Platte aus Stahl-Beton mit einem Durchmesser von 60 Metern und 4,5m stark gründet sich auf 380 Stahlbetonpfählen, die bis zu 32 Meter im Erdreich versenkt



worden sind und die somit den Anschein von Stabilität geben sollen. Voraussichtlich wird im Juli mit der Montage des Sicherheitsbehälters begonnen. Neben diesen Arbeiten ist auch mit den Komponenten der zweiten und dritten TEG begonnen worden. Die Arbeiten dafür werden etwa 3 Jahre in Anspruch nehmen.

Ende des Jahres erwartet man die 4. TEG, die die maschinen- und elektrotechnischen Ausrüstungen umfaßt. Die Genehmigungsunterlagen dafür werden derzeit vom s.h. Sozialministerium geprüft (wenn man das so nennen kann). Wenn es nicht wieder zu irgendwelchen Baustops kommt, rechnet man 1987 mit der Inbetriebnahme. Die Baukosten schätzt die NWK im Moment auf 3,5 Mrd DM, die sich bei einem Baustop natürlich erhöhen würden.

Nachdem am 11.12.81 die Klagen gegen die 2. TEG vom Verwaltungsgericht in Schleswig abgelehnt worden waren, stehen jetzt Klagen gegen die 3. TEG an, in der es unter anderem heißt: „Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist im öffentlichen Interesse und im überwiegenden (!!!) Interesse der Antragsteller notwendig.“

Diese 3. TEG hat es auch sonst in sich:

– Endlagerung (!!!) von hochaktivem Müll im Salzstock bei Gorleben

– Endlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Asse II und in Schacht Konrad (siehe Artikel darüber)

– Wiederaufbereitung in einer noch zu errichtenden Anlage in der BRD. Falls dies nicht realisiert werden kann, ist vorsorglich ein Vertrag mit der britischen Firma British Nuclear Fuels Limited (BNFL) abgeschlossen worden, die Windscale wieder flott machen will! In diesem Vertrag verpflichtet sich die BNFL zur Wiederaufbereitung von 65 t Brennstoff, was 2 Jahresmengen entspricht.

– Da wird es wohl auch ein interessantes Urteil geben – man hat die Kompaktlagerung beantragt. 1974 gab es eine Genehmigung für das Lagerbecken ausgelegt für 332 Brennelemente. Die Kompaktlagerung sieht auf der selben Grundfläche 770 Brennelemente vor. D.h. bei der bisherigen Lagerung bestand ein Abstand von 150 mm der Brennelemente voneinander bei der Kompaktlagerung werden es dann nur noch 53 mm sein. Die Absorption der Neutronen, die bei der früheren Planung durch den Abstand gewährleistet werden sollte, soll jetzt durch einen Borstahlmantel, der jedes Element umhüllen soll, sichergestellt werden. NWK: „Die Gesamtkapazität des eingelagerten Materials nimmt dabei um nur 10% zu. Um den selben Betrag erhöht sich die Nachwärmeleistung.“

Welch eine Farce die 3. TEG ist, zeigt sich genau hier. Denn kein einziger der Entsorgungsnachweise ist bisher genehmigt worden. Zum einen wird also gelogen, zum anderen schafft man Zwänge für die anderen Projekte.

In diesem Punkt sehen dann die Kläger auch die größten Chancen, obwohl eine neutrale Haltung der Gerichte wohl zu bezweifeln ist, wenn man an die politischen Forderungen (Albrecht) an die Gerichte und die damit vorgeprogrammieren Urteile denkt.

Ganz still und fast klammheimlich hat sich auch im Hamburger Senat etwas getan. Nachdem Klose noch mit großem Poltern einen Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf durchsetzen wollte und darüber gestolpert ist, ist das Thema jetzt wieder auf dem Tisch. Nachdem sich Anfang März der SPD-Parteitag erneut (wie schon unter Klose), gegen Brokdorf ausgesprochen hat, ist jetzt vom Senat ein neues Energiekonzept erarbeitet worden. Darin ist anstatt einer weiteren Beteiligung an Brokdorf der Bau von 4 Kohlekraftwerken vorgesehen. Wie es allerdings mit der Bereitschaft der HEW dazu aussieht, steht wohl auf einem anderen Blatt. Jedenfalls dürfte Brokdorf in nächster Zeit wohl wieder mehr Raum in der Presse finden.

Daß der Ausstieg der HEW dem Projekt Brokdorf direkt wohl keinen Abbruch tun würde, ist klar, denn die PREAG wäre wohl schnell zur Stelle. Aber eventuell würde sich dann etwas bei der Bedürftigkeit von Brokdorf-Strom ergeben. Aber das ist erstmal noch Wunschenken. Zuerst müßte die SPD nämlich am 7.6. die Bürgerschaftswahlen nach Hause bringen, und das steht auf einem sehr wackeligen Fundament (und dabei hat die NWK ge-

rade ihr phänomenales Brokdorf-Fundament fertig).

Eine weitere Voraussetzung ist aber auch, daß sich die dortigen AKW-Gegner wieder zu gemeinsamen Aktionen durchringen können. Denn nur auf vereinzelte Sabotageaktionen gegen Baufirmen können wir den Widerstand allein nicht stützen. Wie wäre es denn mal wieder mit einem Untereitelbetreffen??

Daß der Name Brokdorf in nächster Zeit wieder öfters ins Gespräch kommt, ist auch schon wegen des baldigen Urteils gegen Markus und Michael zu erwarten. Und zudem wollen die Gerichte ja auch dem „großen“ BBU in Person von Container-Joe ans Leder. Und da es sich da um einen aus den eigenen Reihen handelt, wird der BBU dann auch wohl für die nötige Publicity während des Prozesses sorgen, die er bei Markus und Michael nicht für seine Sache hielt.

Und noch was zum Schluß – wenn ihr demnächst mal durch Brokdorf fahrt, dann ist da nicht mehr die alte Holperstraße, nein, in der Gemeinde hat man wieder Geld für neuen Asphalt. Die NWK war doch wohl nicht schon wieder die Spenderin???



### Trotz 100.000 Demonstranten – Brokdorf wird weiter gebaut

Wir müssen noch viele Anstrengungen machen, um den Bau weiter zu behindern, evt. gar zu stoppen. Ein Mittel ist die Behinderung der Materialanlieferungen. Eine Großbaustelle wie Brokdorf ist zu 80% von Zulieferfirmen abhängig. Wir halten Maßnahmen gegenüber Zulieferfirmen für einen notwendigen und berechtigten Teil des Widerstands gegen Atomanlagen. Nach der Devise „Ohne Kies kein Bau“. Die Politik der NWK zielt darauf ab, gerade auch kleinere Firmen der näheren Umgebung durch Aufträge an den Bau zu binden, um so das AKW in Brokdorf durchzusetzen.

### Liste der am AKW Brokdorf beteiligten Firmen:

Gawron & Co (Zaunfabrik)  
Boschstr. 22, 2HH 50

Otto Hagemann KG (Erd- u. Straßenbau)  
Rubbertstr. 21, 2103 HH 93

E. Heitkamp GmbH (???)  
Überseering 25, 2 HH 60

Hamburg-Bergedorfer Baugesellschaft  
mbH (Hoch- u. Tiefbaugerätevermietung)  
Achterschlag 6, 2050 HH 80 u. Veddeleer  
Elbdeich 6 b, 1 HH 28

Hochtief AG (Hoch- u. Tiefbau)  
Wandsbeker Allee 77, 2 HH 70 u.  
Stückenstr. 1, 2 HH 76, u. Neuhöfer  
Brückenstr. 69, 2103 HH 93

Dykerhoff & Widmann AG (Baufirma)  
Speersort 6, 2 HH 1, u. Andreas-Meyer  
Str. 37/45, 2 HH 74 u. Flagentwiete 2  
2 HH 61

Philipp Holzmann AG (Baufirma)  
Mittelweg 9, 2 HH 13 u. Werner-Siemens-  
Str. 29, 2 HH 74 u. Ewersveen 43 (Schiffs-  
liegeplatz), 2103 HH 93

Bilfinger & Berger Bau AG  
Schäferkampsallee 29, 2 HH 6 u. Werner  
Siemens Str. 35, 2 HH 74

Aug. Prien (Hoch- und Tiefbau)  
Dampfschiffsweg 3, 21 HH 90

Wayss & Freitag AG (Stahlbetonbau)  
Lange REIHe 29, 2 HH 1 u. Hovestr. 74  
2 HH 28

Ronald Unruh (Spedition)  
Hammer Deich 116, 2 HH 26 u. An-  
dreas-Meyer Str. 47, 2 HH 74

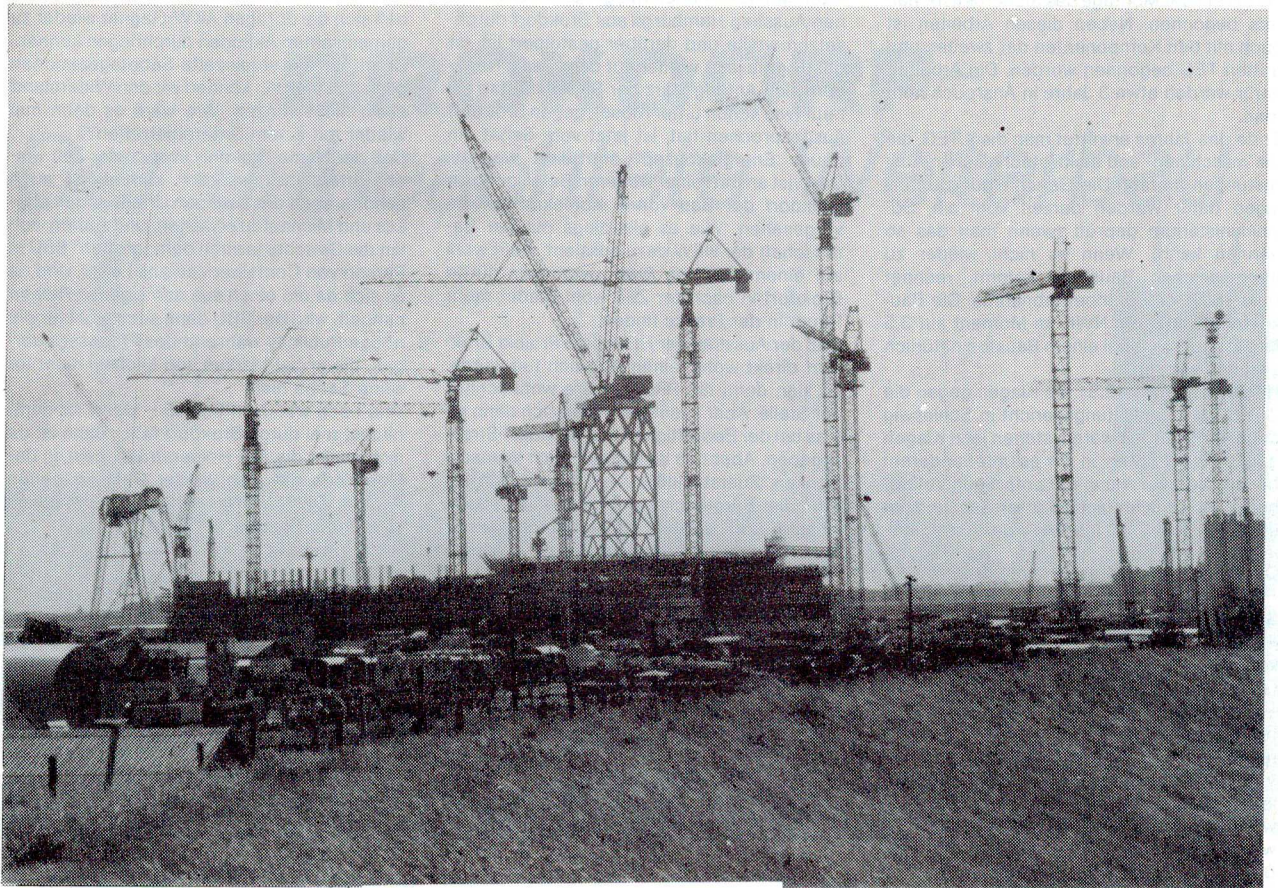
Thömen Spedition KG  
Stenzelring 26, 2103 HH 93

Walter Lippold (Ölfilter)  
Marlowring 19, 2 HH 54

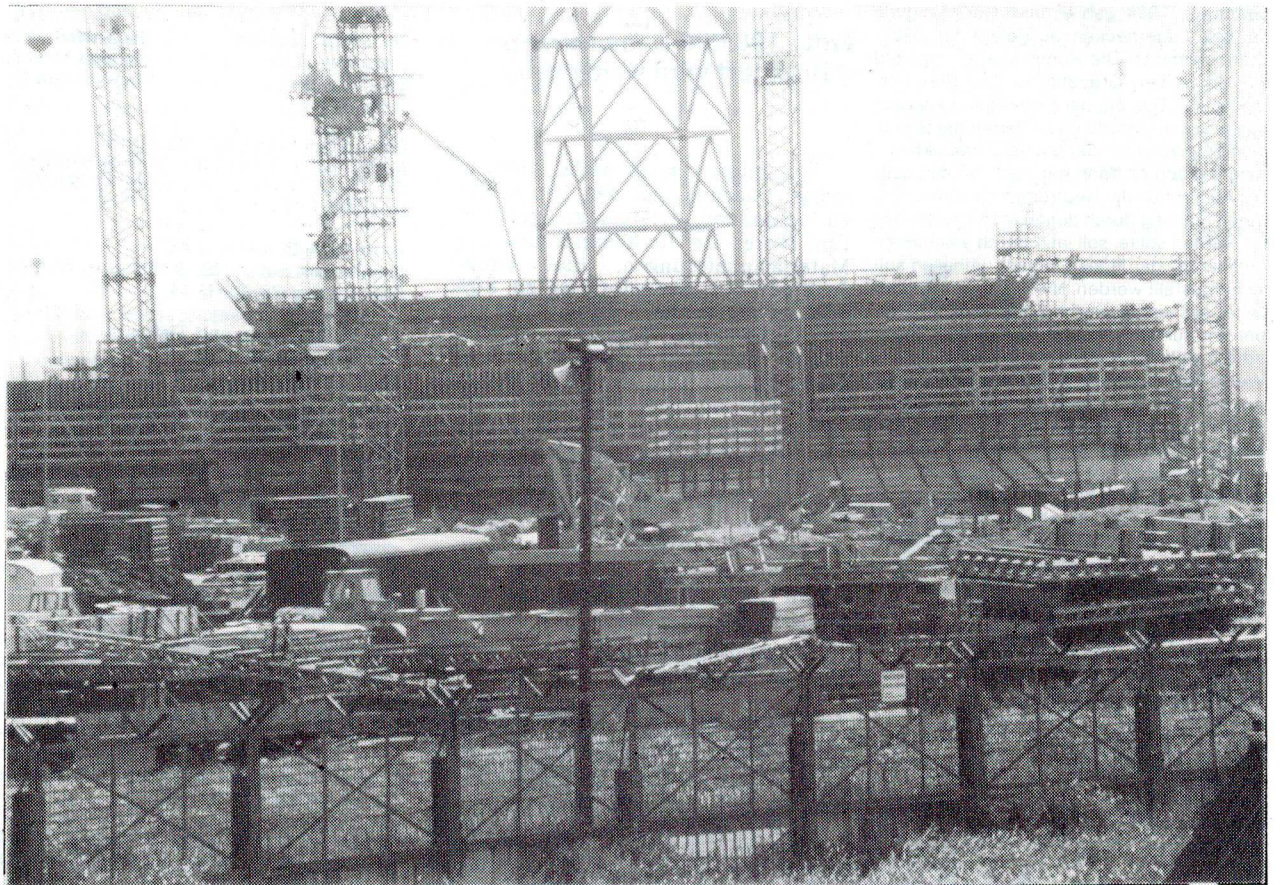
Readymix Transportbeton GmbH  
Jarrestr. 42, 2 HH 60

Alsterbeton GmbH & Co KG  
Liebigstr. 68, 2 HH 74

Falls Euch noch andere Adressen der am Bau beteiligten Firmen bekannt sind, meldet diese bitte bei der BUU  
Tel.: 040/ 439 86 71



Brokdorf-Baustelle  
im Juli 82



# Chronik des Widerstands gegen das geplante AKW Brokdorf

Brokdorf ist ein kleiner Ort von etwa 800 Einwohnern, der im Gebiet der Kremper- und Wilstermarsch liegt.

Die Leute in dieser Region sind zu einem Teil in der Landwirtschaft tätig (der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten beträgt 27 Prozent) und in den größeren Dörfern im Kleingewerbe. Der einzig größere Industriebetrieb ist eine Werft bei Wewelsfleth. Gemeinden mit mehr als 750 Einwohnern sind neben Brokdorf St. Margarethen, Wewelsfleth, Borsfleth und Beidenfleth.

Umgrenzt wird das Marschland von den städtischen Zentren Wilster, Itzehoe und Brunsbüttel im Norden und Krempe und Glückstadt im Osten.

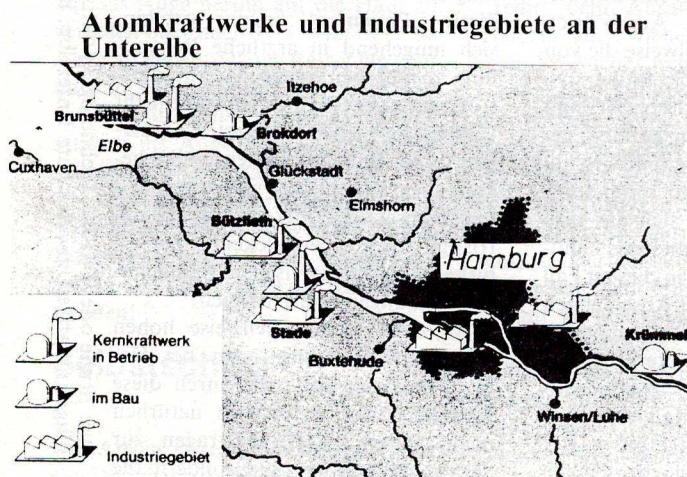
Seit langem ist das Land an den Deichen der Unterelbregion ein wichtiges Erholungsgebiet. Die Feuchtländereien in den Außendeichbereichen sind wichtige Brutgebiete und dienen auch zur Reinigung des Elbwassers. Durch die drohende und in anderen Orten schon stattfindende Industrialisierung der Unterelbe würde dies alles weitgehend vernichtet.

Die Landwirtschaft ist hauptsächlich auf Rinderzucht und Milchwirtschaft konzentriert. Gerade für die Viehhaltung stellt aber der Betrieb eines Atomkraftwerkes eine große Gefahr dar. Über die Milch- und Fleischnahrung gelangen radioaktive Substanzen besonders schnell und stark angereichert in den menschlichen Körper.

Bis 1973 erschien es so, als ob der Kremper- und Wilstermarsch das Schicksal einer großangelegten Industrialisierung erspart bleiben sollte, wie sie zu dieser Zeit im benachbarten Brunsbüttel und in Stade auf der anderen Seite der Elbe stattfand.

Um so mehr wird dann die Bevölkerung im November 1973 überrascht, als die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) Brokdorf als Standort für den Bau eines geplanten Atomkraftwerkes (AKW) bekanntgibt — ein Druckwasserreaktor mit einer Leistung von 1300 MW, das entspricht etwa dem gegenwärtigen Verbrauch an elektrischer Energie in ganz Schleswig-Holstein.

Die Reaktion der Bevölkerung ist prompt. Noch im selben Monat gründet sich unter der Forderung „Kein Atomkraftwerk in Brokdorf“ die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU). Anfang Dezember 1973 sprechen sich in einer Umfrage in den Gemeinden Brokdorf und Wewelsfleth 75 Prozent der Befragten gegen das AKW aus.



Trotz dieser eindeutigen Willenerklärung beschließt der Gemeinderat von Brokdorf eine Zustimmung zum Bau. Erkauft wird diese Entscheidung mit Zusicherungen der NWK, der Gemeindekasse auf die Sprünge zu helfen. Neben einem erhöhten Steueraufkommen wird auch Unterstützung beim Bau eines Schwimmbades zugesichert.

Im August 1974 wird dann die Bau- und Betriebsgenehmigung beantragt. Innerhalb einer vierwöchigen Einspruchsfrist sammelt die BUU 31 178 Unterschriften. Viele Bürgerinitiativen und Vereine schließen sich im Namen von 40 000 Mitgliedern den Einsprüchen an.

Im November 1974 wird der atomrechtliche Erörterungstermin in Wilster abgehalten. Die anwesenden Bürger, die eine gute Unterstützung durch Wissenschaftler erhalten, können nicht von der angeblichen Ungefährlichkeit der Atomenergie überzeugt werden.

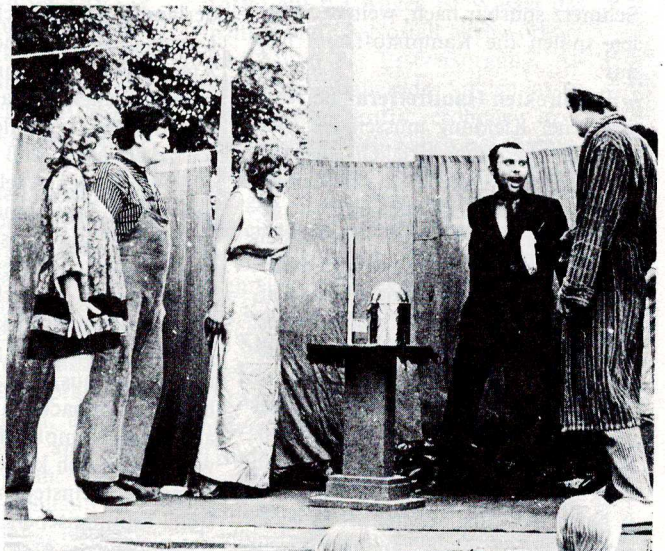
Der Termin wird nach 4 Tagen von den Behörden vorzeitig abgebrochen, ohne daß eine vollständige Erörterung der Sachfragen erfolgt ist. Festgestellt wird, daß von 14 geforderten Gutachten nur 4 vorliegen.

Die Bürgerinitiative tritt nun mit verschiedenen Aktivitäten verstärkt an die Öffentlichkeit.

Im Juli 1975 startet das Straßentheater der BUU mit dem Stück „Sein oder Nichtsein“ eine Theater-tournee durch die Orte der näheren Umgebung und informiert über die Gefahren der Atomenergie und das Zusammenspiel von Politikern und der Atom-industrie.

Der Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk wird unterdessen immer breiter. Die Hamburger Initiativegruppe gegen Atomkraftwerke, die eng mit der BUU zusammenarbeitet, hatte schon im November 1975 ihre Gründung. Andere Gruppen entstanden in Kiel, Bremen, Lübeck und Eckernförde.

Im Frühsommer 1976 entstehen Untergruppen der BUU in Elmshorn, Krempe, Wilster, Itzehoe und Brunsbüttel. Vertreter der einzelnen Initiativen treffen sich regelmäßig auf einem Regionaltreffen, um die Arbeit zu koordinieren.



Tanz um das goldene Kalb. Mephisto hat der Bevölkerung das AKW beschert

Ende 1975 veröffentlichen die BUU und andere Bürgerinitiativen eine Erklärung, in der eine Bauplatzbesetzung angekündigt werden.

Wegen der Gefahr der Atomkraftwerke und dem Vorgehen von Atomindustrie und Staat sind die Bürgerinitiativen zu folgendem Entschluß gekommen: „*Deshalb haben wir beschlossen, den vorgesehenen Bauplatz für das Atomkraftwerk Brokdorf zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesem Unternehmen angetan wird, solange gewaltfreien Widerstand entgegenzusetzen, bis unsere Forderung „Kein Atomkraftwerk in Brokdorf“ erreicht ist. Das heißt nicht, daß wir es an einem anderen Platz befürworten.*“

Im Oktober 1975 beantragt die Kernkraftwerk Brokdorf GmbH „die Elbe zu Kühlzwecken und zur Einleitung von Abwässern“ nutzen zu dürfen. Gegen diesen Antrag erheben 5800 Menschen Einspruch.

Die Schikanen der Behörden beginnen schon während der Einspruchsfrist. Die mehrere tausend Seiten umfassenden Gutachten dürfen nicht fotokopiert werden. Sie müssen von der Bürgerinitiative mühselig abgeschrieben werden oder auf Tonband gesprochen werden, um so den eigenen Wissenschaftlern wenigstens teilweise die Möglichkeit der sachgerechten Stellungnahme zu geben.

Am 8. März 1976 beginnt der wasserrechtliche Erörterungstermin in Wilster unter großem Polizeiaufgebot. Neben den auswärtigen Einwendern werden auch bestellte Gutachter der BUU nicht zum ersten Termin zugelassen. Erst nach massiven Protesten gelingt es, wenigstens einigen Gutachtern den Zutritt zu verschaffen, andere bleiben willkürlich ausgeschlossen.

In der Wilstermarsch selbst werden im Sommer 1976 überall Schilder aufgestellt und Plakate geklebt, die zum Widerstand gegen das geplante AKW aufrufen. Ein Bauer, auf dessen Feld ein Schild der BUU steht, wird unter Androhung gerichtlicher Schritte vom Landrat des Kreises Steinburg aufgefordert, dieses zu entfernen.

Vorbereitet worden war dieser Angriff auf die Arbeit der BUU durch eine Diffamierungskampagne in der regionalen Presse, in der die aufgestellten Schilder als eine Verschandelung der Landschaft dargestellt wurden.

Ohne die Einwender und die betroffene Bevölkerung zu informieren, ordnet die Landesregierung die sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilbaugenehmigung an. Am 26. Oktober besetzt die NWK in einer Nacht- und Nebelaktion das Baugelände. Unter Polizeischutz wird der Platz mit einem Maschendrahtzaun und mehreren Reihen NATO-Stacheldraht eingezäunt.

Am 30. Oktober findet eine Großkundgebung der BUU in Brokdorf statt. 8 bis 10 000 Menschen demonstrieren gegen das AKW. Etwa 2000 Personen gelingt es, einen Teil des Bauplatzes zu besetzen, trotz Drahtverhau, Werkschutz und Polizei. Ein Zeltendorf wird aufgebaut und die Bevölkerung beginnt ganz spontan, die Platzbesetzer mit warmen Tee, Milch und Eßwaren zu versorgen. Die Polizei erklärt in Gesprächen mit Vertretern der Demonstranten, daß eine Räumung des Platzes vorerst nicht vorgesehen sei. Gegen Abend wird ohne Vorankündigung der Platz durch ein riesiges Polizeiaufgebot brutal geräumt. Viele Menschen werden mißhandelt und verletzt. Die chemische Keule wird teilweise aus wenigen Zentimetern Entfernung mehrfach hintereinander angewandt. Auf dem Platz zurückgebliebene Sachen und Zelte werden von der Polizei verbrannt. Auf einer Pressekonferenz am nächsten Tag erklärt sich die BUU mit den Platzbesetzern solidarisch und verurteilt die Ausschreitungen der Polizei.

Am selben Tag finden sich wieder einige tausend Menschen zu einem Schweigemarsch von Wewelsfleth nach Brokdorf zusammen.

Die Sicherungsanlagen des Bauplatzes werden unterdessen weiter verstärkt. Es entsteht eine Betonmauer und die Wassergräben rings um das Gelände



werden teilweise bis auf 8 Meter verbreitert. Die ganze Wilstermarsch wird von der Polizei überwacht. Personenkontrollen, Wagenuntersuchungen und nächtliche Polizei„besuche“ auf den Höfen gehören zum Alltag und lassen die Verbitterung der Bewohner wachsen.

Als am 13. November dann die zweite Großkundgebung der BUU stattfindet, ist das ganze Gebiet um das Baugelände im Umkreis von über 5 km für den Autoverkehr gesperrt. Die aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus dem Ausland angereisten Demonstranten müssen große Fußmärsche machen, um zur Kundgebung zu gelangen. Trotzdem beteiligen sich mehr als 30 000 Menschen an der Demonstration.

Es gelingt den Demonstranten zahlreiche Breschen in die Befestigung des Bauplatzes zu schlagen. Die Polizei antwortet mit dem massierten Einsatz von chemischen Kampfmitteln. Auch abseits stehende Demonstranten werden mit Tränengas beschossen. Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes fliegen regelrechte Angriffe auf abziehende Demonstranten.

Über 500 Personen müssen ärztlich versorgt werden, einige werden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus Wilster eingeliefert.

Die BUU erklärt am 20. November, daß sie auch weiterhin beabsichtigt, den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf am Platz zu verhindern.

Im Dezember 1976 verfügte das Verwaltungsgericht in Schleswig einen einstweiligen Baustopp bis zur Klärung der Frage, ob die sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilgenehmigung rechtens gewesen sei. Dieser Baustopp stellt für den Bauherrn keine Behinderung dar, da die Aufspülung bereits beendet ist und das Absetzen des Sandes auf jeden Fall eine längere Pause erzwungen hätte. Außerdem sind sogenannte erhaltende Baumaßnahmen sowie ein Ausbau der Befestigungen weiterhin erlaubt.

In der Bürgerinitiative wird dieser Gerichtsbeschuß von einigen als Erfolg des Protests angesehen, andere warnen vor der Illusion, daß Gerichte wirklich Atomkraftwerke verhindern.

Ende Dezember 1976 taucht in der BUU der Vorschlag auf, eine Großkundgebung am 19. Februar am Bauplatz zu veranstalten. Dieser Vorschlag wird in der Bürgerinitiative sehr umstritten diskutiert.

In der Presse und von einzelnen Politikern wird nun immer wieder der Versuch unternommen, die Bürgerinitiative zu spalten, indem man vor militanten Aktionen warnt und von radikalen Kräften spricht, die die BUU angeblich unterwandern.

Auch die Parteien, vor allem SPD und auch DKP, versuchen jetzt Einfluß auf die BUU zu nehmen.

Dies alles, zusammen mit den schon vorher vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen über den Baustopp, führt schließlich dazu, daß ein Teil der BUU, unter anderem auch der größte Teil der ansässigen Bevölkerung, einen Aktionstag in Itzehoe für den 19. Februar beschließt. Sie fühlen sich durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts vom

9. Februar, den Baustopp aufrecht zu erhalten, bestätigt. Der übrige Teil hält weiterhin an der Demonstration am Bauplatz fest.

Dieser Teil wird in der Presse durch eine beispiellose Hetzkampagne diffamiert und kriminalisiert. Die Landesregierung droht mit einem Riesenaufgebot an Polizei und Bundesgrenzschutz, und es gelingt ihr ein Demonstrationsverbot am Bauplatz durchzusetzen.

Obwohl es schon am Vorabend der Demonstration zu Behinderungen von Demonstrationsteilnehmern im ganzen Bundesgebiet und an den Grenzen kommt und viele deshalb nicht mehr rechtzeitig anreisen können, sind schließlich auf den beiden Demonstrationen jeweils weit über 30 000 Menschen versammelt.

Die Polizei hat mit dem bis dahin größten Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD (6500 Beamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes) den Bauplatz hermetisch und weiträumig abgeriegelt.

Der Demonstrationzug, der zum Bauplatz führen soll, hält seine Kundgebung an der Polizeiabsperzung ab. Auf dem Rückweg kommt es wiederholt zu Übergriffen und Verhaftungen durch die Polizei. Das mobile Einsatzkommando holt mit Waffengewalt einzelne Menschen aus dem Demonstrationzug heraus.

Trotz der massiven Hetzkampagne haben die beiden Demonstrationen nicht zu einer endgültigen Spaltung der BUU geführt, sondern die Voraussetzungen für ein zukünftiges einheitliches Vorgehen sind besser geworden.

#### Sommer 1980

Das Verwaltungsgericht Schleswig weist im Hauptsacheverfahren gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung die Klagen ab. Die Urteilsbegründung bezieht sich lediglich auf das Einhalten der Verwaltungsrichtlinien durch die Behörden und setzt sich nicht mit den inhaltlichen Argumenten der Kläger auseinander.

Die Kläger gegen das AKW-Brokdorf schicken ein Protesttelegramm an Bundesinnenminister Baum in dem es u.a. heißt: "Über den von Ihrer Regierung und Ihrer Partei kalkulierten Vertrauensbruch hinaus riskieren und verantworten Sie damit die härteste Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik."

#### 1.12.80

Das Bundesinnenministerium gibt grünes Licht für den Weiterbau in Brokdorf. Die Kieler Landesregierung kann damit die zweite Teilerrichtungsgenehmigung aussprechen.

HEW und NWK wollen weiterbauen, wenn von der Landesregierung sichergestellt wird, daß die restlichen Arbeiten der ersten Teilerrichtungsgenehmigung nahtlos in die Arbeiten der zweiten übergehen.

#### 21.12.80

Nach mehreren Diskussionen und Vorbereitungstreffen (7.12.80 Itzehoe; 14.12.80 Wilster, Possfelder Hof; 20.12.80 Itzehoe) findet eine Kundgebung am Bauplatz statt. Mehrere Städte reisen in geschlossenen Konvois an.

Eine Treckerdemonstration der Landwirte wurde sehr kurzfristig vom Landrat des Kreises Steinburg verboten und von der Polizei durch Straßensperren verhindert. Die Landwirte erfuhren von diesem Verbot vor den Sperren.

Zu der Demonstration am Bauplatz kamen etwa 10.000 Demonstranten, hauptsächlich aus Norddeutschland. Nach kurzen Angriffen gegen das Baugelände und entschiedenen Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe der Polizei mußten die Demonstranten der Übermacht der Polizei weichen.

Außer der Demonstration fanden in dieser Zeit als Reaktion auf den Weiterbau mehrere Anschläge gegen Einrichtungen der Atomindustrie statt, z.B.: 21.12.80: In der Nacht vor der Brokdorf-Demo wurden die Reifen einer größeren Zahl von HEW-Service-Anhänger vor dem HEW-Werksgelände in HH-Bramfeld zerstochen.

#### 22.1.81

Das OVG-Lüneburg bestätigt, daß kein Baustopp für das AKW-Brokdorf mehr besteht. Stoltenberg stellt die Erteilung der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung in Aussicht.

#### 2.2.81

Ein Sonderparteitag der Hamburger SPD beschließt mit 198 zu 157 Stimmen, daß die HEW sich nicht weiter am Brokdorf Projekt beteiligen soll. Drei Wochen vorher (11.1.81) hatte der Landesvorstand der Partei sich mit großer Mehrheit gegen einen Ausstieg der HEW aus dem Projekt ausgesprochen. Sollte die HEW aus dem gemeinsamen Vertrag mit der NWK ausscheiden (beide sind mit 50% beteiligt), will die Muttergesellschaft der NWK - die PREAG (die ihrerseits über die VEBA-AG Bundes-eigentum ist) - den Anteil der HEW übernehmen. D.h. die SPD-Bundesregierung baut, während die SPD-Hamburg und Schleswig-Holstein den Bau ablehnen.

Während des Sonderparteitages demonstrieren über 10.000 Menschen in Hamburg gegen den bevorstehenden Weiterbau. In den Vorbereitungsgesprächen zu dieser Demonstration kommt es zur Spaltung zwischen DKP, SPD und Jusos und Bürgerinitiativen. Die SPD-nahen Gruppen wollen mit dieser Demonstration ihre Verhandlungsbasis in der parlamentarischen Auseinandersetzung (d.h. auch die Klose-Fraktion) stärken, während die Bürgerinitiativen sich als eigenständige politische Kraft darstellen wollen und ausdrücken wollen, daß sie einen Weiterbau in Brokdorf nicht tatenlos hinnehmen werden. Nachdem es den SPD- und DKP-nahen Gruppen nicht gelingt, die Bürgerinitiativen in ihre Politik zu integrieren, versuchen sie sie durch eine Diffamierungskampagne zu bekämpfen: Bürgerinitiativen würden bewußt Demonstranten in eine militante Auseinandersetzung mit der Polizei treiben und verantwortlich für den Tod von Demonstrationsteilnehmern sein.

#### 3.2.81

Es wird bekannt, daß noch in der laufenden Woche die Bauarbeiten in Brokdorf wiederaufgenommen werden sollen.

#### 5.2.81

Am Morgen blockieren AKW-Gegner der Gewaltfreien Aktion, der Kirchlichen Mitarbeiter und der Strompreisboykotteure Eingänge und Parkplätze der HEW-Zentrale in der City-Nord in Hamburg.

#### 6.2.81: Weiterbau in Brokdorf

Etwa 100 Akw-Gegner versammeln sich am Morgen vor dem Haupttor des Baugeländes in Brokdorf und behindern ca. 2 Stunden die Anfahrt der Baufahrzeuge. Die Demonstranten werden von der Polizei mehrfach von der Straße getragen.

#### 7.2.81

Auf einem Treffen in Brokdorf wird eine internationale Demonstration für den 28.2. am Bauplatz beschlossen. Zum ersten Mal nehmen Vertreter des BBU an der Diskussion teil.

10.2.81

Der sozialdemokratische Senat von Hamburg beschließt mit 7/6 Stimmen, auf ein Ausscheiden der HEW aus dem Projekt Brokdorf hinzuwirken, sofern die schleswig-holsteinische Landesregierung nicht bereit ist, die Erteilung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung um 3 Jahre aufzuschieben.

14.2.81

Bundesweites Vorbereitungstreffen in Hannover. Es nahmen über 400 Leute aus Anti-AKW-Bl und Organisationen teil. Vertreten waren alle Regionen der BRD von Baden bis Schleswig-Holstein.

17.2.81

Ein Gespräch zwischen dem Hamburger Bürgermeister Klose und dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Stoltenberg führt zu keiner Einigung.

19.2.81

Die Genehmigungsbehörde von Schleswig-Holstein erteilt die 2. Teilerrichtungsgenehmigung.

21.2.81

In Heiligenstedten treffen die Bürgerinitiativen, die die Demonstration vorbereiten, Absprachen über den Verlauf von Demo und Kundgebung. Es wird ein Koordinierungs- und Vertrauensleuteausschuß gebildet.

23.2.81

Der Landrat des Kreises Steinburg, Brümmer, verbietet jede Demonstration für die gesamte Wilster Marsch. In der gesamten BRD erklären Gruppen und Einzelne, daß sie trotz des Verbots am Bauplatz demonstrieren wollen.

27.2.81

Nach einer Klage einzelner Personen, die vom BBU unterstützt wird, schränkt das Verwaltungsgericht Schleswig das Verbot auf die nähere Umgebung des Bauplatzes ein. In der Nacht zum Samstag bestätigt jedoch das OVG Lüneburg das generelle Demonstrationsverbot.

28.2.81

Gegen 13 Uhr lehnt das Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung zur Aufhebung des Verbots ab, den J. Leinen im Namen des BBU gestellt hat. Das Gericht wird jedoch die Frage der Vereinbarkeit des Verbots mit dem Grundrecht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit noch im Hauptverfahren klären.

Zu diesem Zeitpunkt sind bereits über 100 000 Menschen am Baugelände oder auf dem Weg dahin.

28.2.81

**Internationale Großdemonstration am Bauplatz in Brokdorf mit weit über 100 000 Menschen.**

1.3.81

Tobias Held, freier Fotograf, der im Auftrag des Hamburger Abendblatts die Demonstration bereiste, hatte aus nächster Nähe die beschriebene Situation mit einer Motorkamera verfolgt, d.h. er hatte eine Serie von Bildern geschossen. Hiervon gab er 7 an das HA, ein weiteres Foto, auf dem ein Demonstrant ohne Gesichtstuch frontal abgebildet war, hielt er zurück.

2.3.81

Bilder von Tobias Held wurden im HA veröffentlicht, die Schlagzeilen lauteten: Mordversuch, brutalstes Vorgehen bewaffneter Demonstranten gegen wehrlose Polizisten, Polizist lebensgefährlich verletzt, usw.

2.3.81

Am AKW wird weitergebaut.

5.3.81

Der Vorstand der HEW bewilligt 100 Mio. für den Weiterbau des Kraftwerks.

8.3.81

In Kolmar findet ein erstes überregionales Treffen von Bürgerinitiativen nach der Demonstration statt.

13.3.81

Es wird eine bundesweite Fahndung nach 3 AKW-Gegnern ausgeschrieben, der Vorwurf lautet: Mordversuch. Eines der Fotos von T. Held wird als Fahndungs-

foto mehrmals von DPA gesendet, es erscheint daraufhin in über 200 Zeitungen.

16.3.81

Bei einem AKW-Gegner — dem 19-jährigen Schüler Markus Mohr — findet eine Hausdurchsuchung statt. Sie wird damit gerechtfertigt, daß Markus im Verdacht stehe, einer der drei auf dem Fahndungsfoto abgebildeten Personen zu sein und es ginge darum, Beweismittel zu sichern. So werden u.a. ein Helm und Handschuhe beschlagnahmt.

31.3./1.4.81

Michael Duffke wird in Bremen vor der Wohnung seiner Freundin mit großem Polizeiaufgebot überfallen und verhaftet. Die Polizei will ihn auf dem 8. Foto des T. Held erkannt haben — und wirft ihm Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung vor. Die Verhaftung von Michael wird in Radio und Fernsehen bekanntgegeben.

In der Zeit vor dem 9.4.81

Mehrere Sabotageaktionen in der Umgebung von Itzehoe bei Firmen, die am Bau in Brokdorf beteiligt sind: Ein 2,25 km langes Transportband des Zementwerks Alsen-Breitenburg bei Lägerdorf wird angesägt, Parolen werden gemalt. Alsen liefert Zement für Brokdorf. (Betriebsausfall)

An 14 LKWs der Firma Nordbeton/Itzehoe werden Reifen zerstoßen, Bremsleitungen zerschnitten, Schlösser zerstört, Scheibenwischer abgebrochen und Parolen gemalt.

13./14.4.81

Sitzblockaden mit 200/500 Leuten vor dem Tor am AKW Brokdorf durch die Gewaltfreie Aktion Hamburg; sie werden vorsichtig und dann brutal von der Polizei abgeräumt mit Wasserwerfern und Knüppeln.

15.8.81

300 AKW-Gegner demonstrieren in Itzehoe für die Freilassung von Michael und gegen die Prozesse in Itzehoe. Als die Demonstration gleich zu Beginn von der Polizei mit Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz aufgelöst wird, werden Scheiben einiger Banken und Geschäfte eingeworfen. Anschließend fahren viele der Demonstranten sofort nach Neumünster. Dorthin ist Michael einige Tage zuvor verlegt worden.

1.10.81

Erster Prozeßtag von Markus und Michael in Itzehoe.

**WAS IST KRIMINELL?**

**ATOMKRAFTWERKE BAUEN? ODER SIE VERHINDERN?**

**ANGEKLAGT SIND WENIGE - GEMEINT SIND ALLE!**

**SETZEN WIR DEN WIDERSTAND GEGEN DIE ATOMKRAFTWERKE FORT, FÜR DEN SIE BESTRAFT WERDEN SOLLEN!**

# Ablauf der Demonstration

Die Demonstration vom 28. Februar war mit Abstand die an Teilnehmerzahl größte, die am Bauplatz eines AKWs durchgeführt wurde. Voraus ging eine beispiellose Hetze durch Politiker und Medien. Sie fand aber auch statt vor dem Hintergrund neuer politisch-sozialer Bewegungen vor allem in den Großstädten. Niemand wird vollständig das wiedergeben können, was an Erlebnissen, Erfahrungen, Eindrücken bei den Teilnehmern der Demonstration hängen geblieben ist. Diese Übersicht soll versuchen, den Ablauf der Demonstration auf der Grundlage einer Vielzahl von Berichten aus allen Regionen der BRD nachzuzeichnen. Die z.T. von Grund auf unterschiedlichen Erfahrungen sind mit Sicherheit auch eine Ursache dafür, wie verschieden die Demonstration ausgewertet werden kann.

Im Vorfeld der Demonstration wurden von der Polizei vor Ort umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Die Wilster Marsch nahm in den Tagen vor dem 28.2. immer mehr das Bild eines Heerlagers an. Einheimische und Durchreisende mußten mehrmalige Kontrollen über sich ergehen lassen. Höfe und Scheunen wurden durchsucht und nach „Waffenähnlichem“ gefahndet. Alles, was in der Wilster Marsch nicht niet- und nagelfest war, wurde abmontiert (Verkehrsschilder), Steine wurden eingesammelt. Schließlich wurden in der Nacht vor dem 28. die Entwässerungsgräben abgelassen oder geflutet, um die Eisdecke zu zerstören. Landwirte widersetzten sich – teilweise erfolgreich – diesen Maßnahmen. Gegen das Verbot und den Atom-/Polizeistaat fand entlang der B 431 vor dem Bauplatz am Abend des 27. ein Schweigemarsch mit 100 Leuten statt.

Für die Anfahrt hatten AKW-Gegner aus dem Süden Sonderzüge schon sehr frühzeitig angemietet. Die Karten waren in kurzer Zeit schon ausverkauft. Angesagt hatten sich die Badischen BIs mit einem Zug von Freiburg, dem sich Leute aus Karlsruhe, Stuttgart und Ludwigshafen anschließen wollten. Außerdem ein Zug aus München und vom Niederrhein (zusammen mit den Niederländern). Ansonsten wurden von BIs Busse angemietet, meist zuwenig. In verschiedenen Städten, so in Frankfurt und Nürnberg, bekommen einige keine Mitfahrgelegenheiten mehr und müssen leider zu Hause bleiben. Die Bussekonvois werden immer von einer Reihe PKWs (je nach Entfernung von Brokdorf) begleitet, im Süden weniger, im Norden mehr.

Das Anfahrtsproblem verschärft sich rapide, als Staat und Betreiberseite durch das Verbot, die Hetze und auch durch direkte Einwirkung auf Busunternehmen und die Bundesbahn versuchen, der Demonstration Steine in den Weg zu legen. Die Sonderzüge werden abgesagt, den Münchnern wird anfangs sogar verwehrt, mit Gruppenfahrtausweisen normale Linienzüge zu benutzen, was nach der Drohung, diesen Fall an die Große Glocke zu hängen, zurückgenommen wird. Die Busunternehmen bekommen teilweise Briefe oder Anrufe von der Polizei, die ihnen nahelegt, auf das Geschäft am 28.2. doch lieber zu verzichten.

Kurz nach Mitternacht sammelt sich auf dem Heiligengeistfeld in **Hamburg** ein Konvoi. 10 der 39 angemieteten Busse kommen trotz Zusage nicht. Das verzögert die Abfahrt um 2 1/2 Stunden. Der Konvoi verläßt Hamburg über die B4 Richtung Bad Bramstedt und erreicht dort eine Länge von 25 km. Reibungslos erreicht er Wilster.

An der nördlichen Ortseinfahrt, wo einige PKWs und ein Frankfurter Bus sind, gibt es Unstimmigkeiten, ob man durch die Sperre (Sandcontainer, wenig Bullen) geht (ggf. ohne Fahrzeuge) oder ob versucht wird, über St. Margarethen auf die B5 zu kommen. Mehrere hundert Leute gehen über Wilster, der übrige Zug fährt unkontrolliert über St. Margarethen, was den Letzten einen zusätzlichen Marsch von 20 km erspart. Zwei Busse waren kurz hinter Itzehoe vom Weg abgekommen und erreichten Wilster über Heiligenstetten.

Um 6 Uhr verläßt Hamburg der Konvoi des AKL mit 600 PKWs (alle Busse waren aufgekündigt worden!) und 10 Bussen der DKP. Sie fahren über die B5 Richtung Itzehoe und Wilster.

Die Anreise beginnt für Einzelne schon in den Tagen vor der Demonstration. Sie übernachten in in der Wilster Marsch oder in Hamburg. Einzelfahrer aus dem Süden kommen am Abend in Hamburg an und schließen sich dem Konvoi vom Heiligengeistfeld an, so z.B. Leute aus Erlangen und Augsburg.

Am Spätnachmittag sammeln sich in Süddeutschland die ersten, um sich mit Bussen auf den Weg zu machen.

Aus **Baden-Württemberg** sollte ein Sonderzug kommen, der aber kurzfristig von der Bundesbahn

abgesagt worden war. In Freiburg besetzen 100 Leute einen Linienzug und verlangen, mit ihren Sonderzugkarten fahren zu dürfen, was ihnen auch gelingt. Der Zug kommt unbehindert um 8 Uhr in Wilster an. AKW-Gegner aus Karlsruhe und 150 Leute aus Stuttgart fahren auch mit dem Zug. Allerdings sind auch Busse angemietet worden. (z.B. in Esslingen (2), Stuttgart und Freiburg (1)). Begleitet werden die Busse durch einige PKW. Die Freiburger werden gleich am Schwarzwald bei Lahr aufgehalten – Fahrtenschreiberkontrolle. In Renchtal bei Offenburg wird der Bus durchsucht aber nichts beschlagnahmt, gegen mittag kommt er in Heiligenstetten an. Die Stuttgarter werden (zusammen mit anderen) in Wildeshausen vor Bremen gefilzt. Die Esslinger werden bei der Durchfahrt von Stuttgart kontrolliert. Sie versuchen später die ihnen bekannte Sperre bei Reiskirchen (nahe Gießen) zu umfahren, werden auf der Landstraße gestoppt und ein weiteres mal kontrolliert. Durch diese Sperre kommen die Frankfurter später ohne Probleme durch. Vor Hannover müssen sich die Esslinger Busse noch eine umfangreiche technische Kontrolle der Busse gefallen lassen. Schließlich geraten sie in die Sperre bei Ramelsloh vor dem Horster Dreieck.

AKW-Gegner von der Mosel, Eifel und Hunsrück (**Rheinland-Pfalz**) bilden zusammen mit Leuten aus dem **Saarland** einen Zug. Die beiden Busse aus Trier werden kurz hinter Koblenz kontrolliert. Dabei werden Transparentstangen beschlagnahmt.

Aus **Bayern** kommen Demonstranten mit dem Zug, mit Bussen und mit PKW (z.T. schon so zeitig, daß sie sich dem Hamburger Konvoi anschließen können.). Die Münchener, deren Sonderzug gestrichen war, können noch durchsetzen, wenigstens als Gruppenreise mit der Bahn zu fahren. Sie werden aber schon am Bahnhof total gefilzt und kommen dann um 9.30 Uhr in Wilster an. 2 Busse der Münchener Grünen erreichen erst am Nachmittag Itzehoe. Insgesamt machen sich 300 Leute auf den Weg.

Ursprünglich rechneten **Westberliner** BIs nur mit 500 Demonstranten. Freitag nacht treffen sich dann aber 3000 Leute in 21 Bussen und hunderten von PKWs. Nach einer kurzen Auseinandersetzung kann verhindert werden, daß der Westberliner Zoll den Konvoi bei der Ausreise kontrolliert. Die DDR wickelt die Formalien normal ab. Allerdings ist es aufgrund des Verhaltens der Busfahrer nicht mehr möglich, einen Konvoi aufzubauen. Am Grenzübergang Lauenburg einigt man sich mit dem BGS zunächst darauf, im geschlossenen Fahrzeug lediglich die Ausweise hochzuhalten. Das kann aber nur im ersten Teil des Zuges durchgehalten werden, während die übrigen kontrolliert werden. Die Westberliner haben vor, Hamburg nördlich zu umgehen. Das machen aber die Busfahrer nicht mit, so daß der ganze Zug gezwungen ist, durch Hamburg zu fahren. Dabei zersplittert sich der Zug.

### Der Marsch auf den Bauplatz

Diejenigen, die über den alten Deich kommen, treffen auf der Straße Dammfleth-Brokdorf kurz hinter Rotenmeer zunächst auf die Leute, die sich an der Dammfleth-Sperre haben durchsuchen lassen oder die sie über Behelfsbrücken umgangen haben. Stundenlang, von 13 Uhr bis 16 Uhr wird der Zulauf zum Bauplatz noch anhalten. Der größte Teil erreicht den Platz unkontrolliert.

Die Überraschung ist groß, als der Bauplatz am Horizont in Sicht kommt, sie wird größer, als die Ersten in unmittelbare Nähe an den Platz kommen, als die B 431 voll Demonstranten ist, sie ist schließlich am größten, als die Polizeikette vor der NWK-Straße zurückgezogen wird und die AKW-Gegner bis direkt vor das Haupttor vordringen können. Diese lange erwartete für diesen Tag aber nicht erwartete Situation führt – zunächst zu nichts. Ein Teil der Demonstranten ist nicht ausgerüstet und rügt andere, denen ein böses Wort über die Lippen kommt. Ein anderer Teil ist defensiv ausgerüstet. Es gibt keine erkennbaren Strukturen. Die Verblüffung macht ohnmächtig. So gehen etwa 1 1/2 Stunden lang immer neue Leute die NWK-Straße auf und ab, gucken sich den Bauplatz an und gehen wieder auf die Wiese zurück.

### Atomstaat – Polizeistaat

Als Gruppen in Sichtweite des Zaunes kommen, die Werkzeug und Seile mit sich führen, warnt der Lautsprecher auf dem Bauplatz dreimal und fordert zum Verlassen der NWK-Straße auf, da der Aufenthalt verboten sei. Wasser und Bullen werden angedroht, die auf dem Platz und auf der Deichstraße hinter dem Platz mit mehreren Wasserwerfern bereit stehen. Völlig unvermittelt beginnt plötzlich die Räumung der NWK-Straße, unterstützt von den Wasserkanonen, die allerdings gegen den Wind wenig ausrichten. Auf der angrenzenden Wiese werden Leute, die nicht so schnell laufen können, eingeholt, niedergeknüppelt, liegengelassen, festgenommen. Der Angriff wird durch Demonstranten an der Ecke NWK-Straße/B 431 für über 1 Stunde gestoppt. Mit einzelnen Pausen werden mal die Demonstranten, mal die Polizei zurückgedrängt. Der zunächst überhastete Rückzug von der B 431 über kleine Stege auf die angrenzende Wiese beruhigt sich dadurch etwas, es entsteht zunächst keine Panik.

Gleichzeitig sind AKW-Gegner vom Ort Brokdorf aus an die Nord-West-Seite des Baugeländes gekommen. Dort treffen sie auf die BGS-Truppen an der Deichstraße von der anderen Seite. Es war ausgerüsteten Gruppen nicht möglich, nah genug an den Zaun ran zu kommen. Ein Gebäude des Klärwerkes von Brokdorf geht in Flammen auf. Es wird wohl ungeklärt bleiben, ob diejenigen, die es angezündet haben, das Gebäude irrtümlich für eine Einrichtung der NWK gehalten haben (wegen der Nähe und der Ähnlichkeit zu den Bauplatz-Einrichtungen, oder ob sie wußten, daß die NWK der Gemeinde Brokdorf das Klärwerk zur vorläufigen Nutzung übergeben hat, ebenso wie sie ihr ein Schwimmbad und andere Dinge gestiftet hat. Das Klärwerk soll bei Fertigstellung des AKW hauptsächlich von der NWK genutzt werden.

Am Bauplatz nehmen der Druck von Polizei und Grenzschutz zu. Hubschrauberstaffeln beginnen ihre Formationsflüge zu verstärken. Hier und da setzen sie auf den Wiesen Beamte ab und nehmen sie später wieder auf – offensichtlich wird noch geübt. Dann plötzlich wird auch die B 431 geräumt. Wasserwerfer schmeißen einzelne Leute zu Boden. Einige retten sich vor der Festnahme durch einen Sprung ins eiskalte Wasser der Wittern. Die Hubschrauber setzen Beamte an der Wiese westlich des Bauplatzes ab, drücken mit dem Luftstrom im Tiefflug Leute zu Boden. Diese werden von nachrückenden Polizisten geschlagen und festgenommen. Dasselbe auf der Wiese jenseits der B 431 und der Wittern, wo sich die meisten noch sicher glaubten. Panikartig laufen die Letzten vor den Bullen her Richtung Brokdorf und Richtung Dammfleth.

Der AKL-Lautsprecherwagen, der inzwischen schon wieder auf der Straße steht und sich anfangs von „unsinnigen Aktionen am Zaun“, die er gar nicht sehen konnte abrenzte, der die Leute aufforderte, nicht weiter zum Bauplatz zu gehen, sondern die Kundgebung anzuhören, sorgt jetzt dafür, daß die Leute nicht zu schnell abziehen, damit die Letzten, die vom Bauplatz kommen nicht abgeschnitten werden können und den Anschluß halten.

Als sich der Lautsprecherwagen bei einbrechender Dunkelheit bei Rotenmeer befindet, startet die Polizei noch einen Angriff auf den Zug, versucht ihn zu spalten, was nur bedingt gelingt und beschlagnahmt den AKL – Lautsprecherwagen und nimmt dessen Besatzung einschließlich der Erschöpften fest, die sich auf der Ladefläche ausruhen.

Es dauert noch Stunden, bis alle bei ihren Fahrzeugen ankommen, bis sich die ersten in Bewegung setzen, und es dauert noch in die Nacht hinein, bis sich der Stau auf der B5 aufgelöst hat. Kontrollen und Festnahmen gibt es noch innerhalb von Itzehoe.

Es ist angesichts der Weiträumigkeit der Demonstration schwer, exakte Zahlenangaben zu machen. Die vorschnellen Angaben im Rundfunk am 28.2. und von der Polizei sind von daher nur politische Zahlen, weil sie jeder Grundlage entbehren. Auf dem Rückmarsch ließ sich ungefähr ein Eindruck gewinnen, als sich noch Tausende am Platz befanden und ein endloser Zug vom Platz bis nach Wilster reichte. Leute, die in Heiligenstedten unterwegs – insgesamt also ein Zug von über 15 km Länge. Dazu noch etliche auf den Wiesen, in St. Margarethen usw. Am 19.2.77 bewegten sich 30 000 Menschen auf 4 km Länge von Wilster bis an die Sperre bei Neufeld. Die Schätzung von über 100 000 Demonstranten ist für die Demonstration vom 28.2. also keineswegs aus der Luft gegriffen.



Das BBU-Vorstandsmitglied Josef Leinen (mit Megaphon) und der Europa-Beauftragte der Partei „Die Grünen“ Roland Vogt (links auf dem Container ohne Helm) während des Bürgerdialogs mit dem Einsatzleiter an der Sperre bei Dammfleth. Josef Leinen im BBU-Pressedienst: „Durch den mutigen Einsatz von BBU-Vorstandsmitgliedern war es überraschenderweise gelungen, zwischen der Polizeieinsatzleitung der Straßensperre in Dammfleth und den Demonstranten eine Vereinbarung für den Weitermarsch zum Bauplatz auszuhandeln.“



Demonstranten, die nicht bereit sind, sich von der Polizei filzen zu lassen, oder andere ausgerüstete Demonstranten der Polizei nicht ausliefern wollen, umgehen die Sperre bei Dammfleth.

# Stellungnahme zur Brokdorf-Demo

Die Vorbereitung zur Brokdorf-Demonstration hatte verschiedene Voraussetzungen: Während einer Demonstration im Dezember 79 (und dann auch 1980) wurde wieder mit mehr tausend Menschen am Bauzaun demonstriert. Der Bauzaun erwies sich zwar als Festung aber als durchaus angreifbar. Auf der Bundeskonferenz Ende November in Bremen stellte sich heraus, daß die Anti-AKW-Bewegung sich nicht mehr eng mit der Atomkraftfrage beschäftigte, sondern daß auch Fragen der Militarisierung und 3. Welt in der Arbeit eine Rolle spielen. Die Proteste gegen die Rekrutenvereidigungen in Bremen, Hannover und anderswo waren sicher Schlüsselerlebnisse für eine zunehmende Distanz gegenüber einem Staat, der immer aggressiver seine Ziele nach innen und außen versucht durchzusetzen.

Schließlich sind auch die Erfahrungen der Jugend- und Häuserbesetzungsbewegung der letzten Monate an anderen Protestbewegungen wie auch der Anti-Atombewegung nicht spurlos vorbeigezogen. Im Gegenteil, es breitete sich immer mehr die Überzeugung aus, daß diese Protestbewegungen letztlich an einem Strang ziehen, auf einer Seite stehen. Die Städte, in denen die sozialen Mißstände und die unpersönliche Kälte dieser Gesellschaft am deutlichsten zum Tragen kommen, wurden Schauplatz von Auseinandersetzungen, in denen staatlicher Terror nicht tatenlos hingenommen wurde.

Vor diesem Hintergrund, und insbesondere nach der Brokdorf-Demonstration Dezember 1980 fand der Plan einer bundesweiten Brokdorf-Aktion überall Zustimmung. Niemand dachte ernsthaft daran, das Zustandekommen einer gemeinsamen Aktion von der Festlegung auf Gewaltfreiheit abhängig zu machen. Vor allem aber war es möglich, eine Antwort auf die Frage zu geben „Was machen wir, wenn die Bullen wie bei Kalkar aufmarschieren?“ Die Ankündigung, dann in den Städten zu demonstrieren, wenn wir nicht selbstbestimmt unser Vorhaben durchsetzen können, machte es wahrscheinlich, daß ein Kalkar sich nicht wiederholen würde. Letztlich, so glauben wir, war dieser Punkt ausschlaggebend dafür, daß wir weitgehend unkontrolliert zum Bauplatz gelassen wurden.

Jedoch erwartete uns am Bauplatz die geballte Staatsmacht. Erschöpfung, mangelhafte Organisation, Überraschung darüber, daß wir am Platz waren — all das hat sicher dazu beigetragen, daß es nicht zu entschiedenen Angriffen auf das Atom-KZ gekommen ist. Trotz allem stellt sich aber die Frage, was angesichts einer militärisch überlegenen Staatsmacht im Rahmen einer Großdemonstration am Zaun möglich ist. Die Hubschraubereinsätze gegen Menschen (z.B. hätte ein Absturz unübersehbare Folgen gehabt) waren am 28.2. eine erneute Steigerung des staatlichen Gewalt-Arsenals. Zwar ist nach wie vor demonstriert worden, daß der Bau von AKWs uns nicht gleichgültig läßt, daß trotz Hetze, Verbot usw. so viele Menschen kommen und daß wiederum unter Beweis gestellt wurde: Atomstaat heißt Polizeistaat. Aber von Seiten des Staates ist demonstriert worden, daß sie bereit sind, den Spielraum für unseren Widerstand immer enger zu ziehen. 1976/77 führten die Aktionen noch zu einem Baustop. Jetzt kehren 4 mal so

viele dem staatlichen Verbot den Rücken — und es wird seelenruhig weitergebaut. Der immer engere Spielraum für uns hat mehrere Bedeutungen. Einerseits soll „die Spreu vom Weizen getrennt“ werden, wie Medien und Politiker jetzt sagen. Einschüchterung und Verängstigung soll Menschen vom Widerstand abbringen. Diese Taktik ist aber nur dann wirkungsvoll, wenn man für eingeschüchterte Menschen Betätigungsfelder anbieten kann, die einerseits für den Staat nicht gefährlich sind und andererseits die Illusion ermöglichen wirkungsvoll zu sein. Aber gerade das ist immer weniger der Fall. Das Atomprogramm wird unbeirrt durchgezogen, trotz einer Demonstration wie am 28.2.! Der Staat sitzt hier in einer Zwickmühle. Er bietet uns nur noch die Alternative: Sich mit dem Atomprogramm abfinden oder den Widerstand radikalisieren. Gegenwärtig wachsen Verständnis und Bereitschaft für unterschiedene Aktionen Einzelner oder kleiner Gruppen. Es setzt sich auch die Erfahrung durch, daß Auseinandersetzungen mit der Polizei keine Randerscheinungen sind, sondern wie am 28.2. in Brokdorf ein Schutz für Tausende von Demonstranten. Es wäre nicht auszudenken gewesen, wenn nach der Räumung der NWK-Straße die Polizei im gleichen Tempo die Bundesstraße hätte räumen können, wo es nur kleine Stege über die Wätern gab . . .

Allerdings reichen Erfahrung, Verständnis und spontane Bereitschaft noch nicht aus, um den Schutz einer Demonstration und das Gelingen von Aktionen gegen AKW-Bauplätze zu gewährleisten. Die Erfolge der Grohnde-Demonstration lagen nicht zuletzt darin, daß im Vergleich zum 28.2. eine größere Anzahl und ein erheblich größerer Anteil der Demonstration in Diskussionszusammenhängen stand, vorbereitet und organisiert vorging. In vielen Städten wurde von den BIs die Erfahrung gemacht, daß die Bereitschaft zur politischen Diskussion über die Aktion äußerst gering ist. Dieser Mangel äußerte sich auch darin, daß die Organisation der gesamten Aktion von der Aktivität weniger und der Konsumhaltung vieler geprägt war. Es gab kaum Informationsfluß, viel Unsicherheit und Gerüchte. Nicht zuletzt auch deshalb konnte sich Jo Leinen in Wilster zum Teil mit seinem Konzept durchsetzen, weil die Konvois aus dem Süden ohne Information und eigenen Vorstellungen kamen.

Allzuleicht werden Unzufriedenheit und Frust über den Ablauf der gesamten Aktion auf Mängel in der Organisation geschoben. Übersehen wird dabei, daß es zwar keine unterschiedlichen Demonstrationssorte gab wie 1977, wohl aber im wesentlichen zwei unabhängig voneinander handelnde Teile der Demonstration, zwischen denen es auch keine Kommunikation gab (Zug über Dammfleth, angeführt von BBU und AKL und der Zug über den alten Deich, an dem sich — wenn sie davon gewußt hätten — auch viele Leute vom Dammfleth Zug angeschlossen hätten). Es gab ohne Zweifel Leute, die sich bewußt durchsuchen lassen wollten, um ihre Gewaltlosigkeit unter Beweis zu stellen, es gab auch solche, die glaubten Bullensperren vor Demonstranten schützen zu müssen (Neufeld). Auf diesen Teil der Demonstration hat die linke Sozialdemokratie in der Person des Jo

Leinen (SPD, BBU-Vorstand) einen nicht unwesentlichen Einfluß. In der künftigen politischen Auseinandersetzung innerhalb der Anti-AKW-Bewegung sollte die Rolle der Sozialdemokratie, die einerseits AKWs baut und Protest dagegen brutal unterdrückt, die andererseits aber auftritt, um den Protest in „geordnete Bahnen“ zu lenken, mehr Beachtung finden.

Die Taktik der Polizei war darauf ausgerichtet, Auseinandersetzungen in den Städten zu vermeiden. Sie zog es vor, uns an den Bauplatz zu lassen. Unsinnig ist die Behauptung, wir seien einer Polizeitaktik auf den Leim gegangen, weil wir an den Zaun gekommen sind. Schließlich hatten wir zur Kundgebung am Zaun aufgerufen. Daß dort große Ratlosigkeit herrschte hängt damit zusammen, daß wir nicht damit gerechnet haben anzukommen und uns folglich darauf auch nicht sonderlich vorbereitet haben. Allerdings war die Polizeitaktik damit in keinsten Weise „mäßig“ o.ä. Die umfangreichen Sperren und Kontrollen im gesamten Bundesgebiet können sich gemessen an der Zahl der eingesetzten Polizisten durchaus mit dem Kalkar-Einsatz messen. Allerdings waren die Kontrollen (mit Ausnahmen) generell darauf aus, die Anfahrt zu verzögern, bei entschiedenem Auftreten der AKW-Gegner Zugeständnisse zu machen, Umgehung der Sperren zuzulassen. Die Konvois, von denen am ehesten Aktionen in Städten zu erwarten gewesen wären, wurden völlig ungefilzt zum Platz gelassen. Dort allerdings erwartet uns die geballte Kraft des Staatsapparats.

Aus diesen Erfahrungen kann nicht die generelle Schlußfolgerung gezogen werden: Großdemos bringen nix. Sicher, wenn diese Aktionen alleine stehen, wird damit das Atomprogramm nicht zu Fall kommen. Der Spielraum für eine Anti-AKW-Arbeit im Rahmen der bürgerliche Spielregeln geht gegen Null. Widerstandsformen müssen sich in Zukunft daran messen lassen, ob sie wirksam sind, d.h. ob sie tatsächlich Sand im Getriebe der Atomindustrie sind, wenn sie nicht zunehmend lächerlich werden wollen. Auch Großaktionen werden sich hieran messen müssen. Die Tatsache allein, daß 100 000 demonstriert haben, wird niemanden befriedigen, wenn er vorher weiß, daß nachher alles seinen normalen Gang geht. Allerdings bedeutet die Mobilisierung zu einer Großdemonstration auch: Politische Diskussion und Auseinandersetzung über den weiteren, gemeinsamen Widerstand; Erfahrungen aus verschiedenen Regionen werden eingebracht, der Widerstand äußert sich konzentriert. Derartige Aktionen finden in der Öffentlichkeit mehr Gehör und sie können die Grundlage dafür sein, neue Leute in die Diskussionsprozesse der BIs einzubeziehen. Gerade diese Möglichkeiten dürfen nicht über fruchtlose Frust-Debatten nutzlos verstreichen. Über Form und Durchführung sowie Ziel weiterer Großdemonstrationen soll und muß diskutiert werden. Die Erfahrungen vom 28.2. werden wir zu nutzen wissen — auch das ist eine Stärke. So kann eine nächste bundesweite Aktion das verbinden, was den Betreibern und Polizeistrategen so viel Kopferbrechen gemacht hat: Wir können an einem Standort demonstrieren und gleichzeitig Aktionen in verschiedenen Städten, bei verschiedenen Einrichtungen der Atomindustrie ankündigen und machen.

Nach Diskussionen auf dem Delegierten-Plenum der BBU-Hamburg

# Pressefoto = Fahndungsfoto

„Mordversuch in Brokdorf“, „Ein Polizist in Todesangst“, diese Schlagzeilen begleiten ein Fahndungsfoto, auf dem Demonstranten zu sehen sind, die auf einen Polizisten einschlagen. 5000 DM bieten die Staatsanwaltschaft in Itzehoe jedem AKW-Gegner, der die Identität dieser Demonstranten preis gibt.

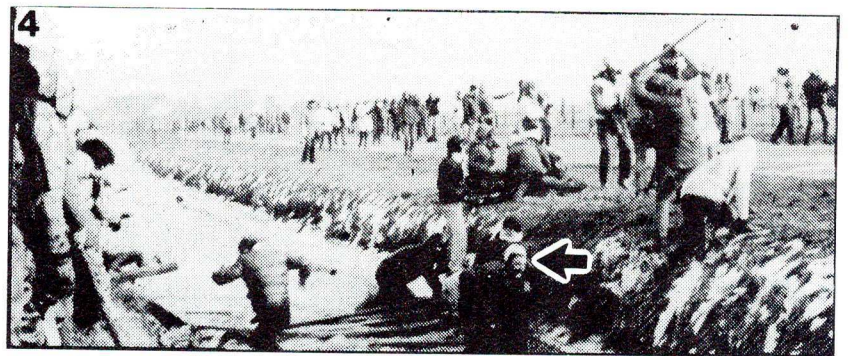
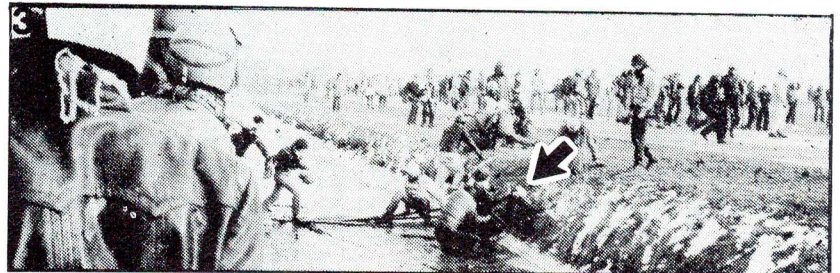
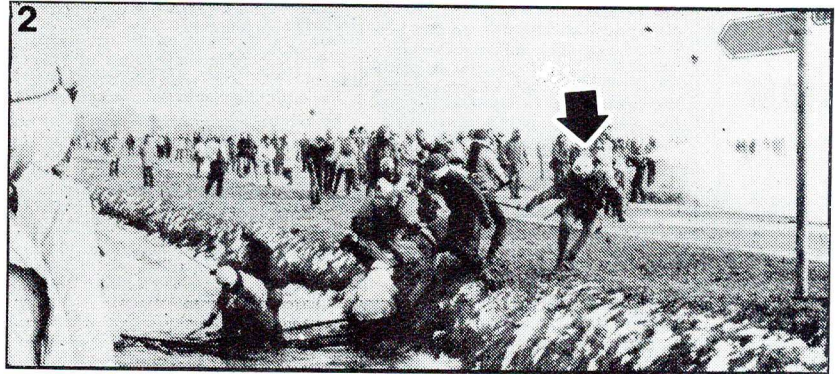
„Jetzt erledigen sie dich mit deiner eigenen Waffe, dachte ich und brach zusammen“, schrieb die „Bild“-Zeitung am 4.2., die den betroffenen Polizeiobermeister Schütt am Krankenbett interviewte. Was war passiert?

Der 33-jährige Polizist aus Blieskastel bei Saarbrücken, Mitglied eines Sonder-einsatzkommandos der Polizei (SEK) galt nach Beschreibung der Presse als „kämpferprobt“ durch bisherige Brokdorf-Einsätze. Als die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas und Knüppel-einsätzen die Demonstranten von der NWK-Straße räumte, war er mit seinen „kämpferprobten“ Kollegen vorne an den Wasserwerfern postiert. Rolf Schütt erklärte seinen Einsatz folgendermaßen: „Als die Störer etwa 20 Meter vor der Polizeikette entfernt waren, bot sich die Möglichkeit, einige Steinwerfer zu schnappen ... Auf Kommando drangen wir mit unserem Greifertrupp und den Wasserwerfern vor“. „Schütt sei losgesprintet, mit einer schweren Panzerweste und einem Knüppel, aber ohne Schutzschild. Während der Polizist vorpreschte, merkte er, daß die Kollegen plötzlich abbremsen. Da die Straße durch den Einsatz der Wasserwerfer sehr rutschig war, konnte er bei der Verfolgung eines Demonstranten, der durch einen etwa fünf Meter breiten Graben flüchtete, nicht mehr stoppen und stürzte ungebremst in das eiskalte Wasser“ (Bericht aus den „Elmshorner Nachrichten“, 3.3.81). Was die Presse und dieser Bericht tunlichst verschweigen, ist die Tatsache, daß just diese Sonderkommandos vor den Wasserwerfern völlig rücksichtslos auf die Demonstranten einschlugen. Gerade bei solchen Einsätzen wurden Demonstranten derart zusammengeschlagen, daß sie regungslos liegenblieben und auch liegengelassen wurden, wie einer Reihe von Pressefotos zu entnehmen war.

Polizisten, die in dieser Weise mit organisierter Brutalität vorgehen, müssen damit rechnen, daß sich die angegriffenen Demonstranten wehren, um ihre eigene Gesundheit und die anderer zu schützen. Wut und Empörung von Demonstranten in solchen Notwehrsituationen sind dabei eine Reaktion, die verstehen kann, wer selbst Erfahrungen bei solchen Polizeieinsätzen gemacht hat, auch wenn er ein anderes Verhalten richtiger findet.

Die Schläge für den Polizisten als einen gezielten Mordversuch der Demonstrationssteilnehmer auszugeben, ist eine Ungeheuerlichkeit. Staatsanwaltschaft und Polizei wissen dies auch.

Die Vorgeschichte des Fahndungsfotos



## Mordversuch: Wer sind die Schläger?

● Ein Polizist in Todesangst! Bei der Brokdorf-Demonstration am 28. Februar stürzte er in den Wassergraben um das Atomkraftwerk. Chaoten fielen über ihn her — einer mit einem armdicken Knüppel, einer mit einem Feldspaten, der dritte hielt den Polizisten hinten an der Lederjacke fest. Der Beamte aus dem Saarland wurde lebensgefährlich verletzt. Jetzt sucht der Staatsanwalt in Itzehoe die Schläger wegen verurteilten Polizistenmordes. 5000 Mark Belohnung!



# Terrorurteile im Brokdorfprozess Gebt Michael und Markus heraus!

In den nächsten Wochen muß es zunächst zu einem starken politischen Druck kommen, um so eine Beeinflussung der Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Revisionsantrag zu erreichen.

Darüber hinaus sollte die praktische Solidarität aber auch auf anderer Ebene laufen:

- Schreibt Markus und Michael, dies ist ihr Hauptkontakt nach draußen. Kopie an die Rechtsanwälte
- Spendet auf das Konto des Ermittlungsausschusses, sammelt bei allen Gelegenheiten (Veranstaltungen, Feten ...)
- Verfaßt Protestbriefe und Resolutionen, spricht dafür infrage kommende Organisationen und Gruppen an.  
(Kopien bitte auch immer an die Rechtsanwälte, den Ermittlungsausschuss und natürlich Markus und Michael)
- Unterstützt eventuelle Aktionen, Demonstrationen und Kampagnen für die Freilassung von Markus und Michael
- **Laßt sie nicht lebendig begraben!!!**

## Adressen:

Justizvollzugsanstalt  
Boostedter Str. 30  
2250 Neumünster

Markus:  
P. Tode  
Schanzenstr. 83  
2000 Hamburg

## Rechtsanwälte:

Michael:  
G. Baisch  
Gröpelinger Heerstr. 261 a  
2800 Bremen

Die meisten erfahren es aus den Mittagsnachrichten des 13.5.: Im Namen des Volkes hatte ein Richter Selbmann im Brokdorfprozess die Urteile über Markus Mohr und Michael Duffke gesprochen - 5½ Jahre Gefängnis für Michael, 3 Jahre für Markus, jeweils ohne Bewährung!!

Ein Fanal wollte Richter Selbmann im Auftrag der Herrschenden in diesem Staat setzen. Ein Fanal gegen den Widerstand der Menschen gegen Atomanlagen, Umwelterstörung, zunehmende Kriegsgefahr. Wo Widerstand ist, da ist auch Unterdrückung. Und wo Unterdrückung ist, wo Terrorurteile gefällt werden, um abzuschrecken, um Widerstandswillen zu brechen, da ist Solidarität nötig. Solidarität mit Markus und Michael bedeutet erstelmal, bereit zu sein, mit offenen Augen zu sehen, was da in Itzehoe im Brokdorfprozess abgelaufen ist.

Solidarität mit Markus und Michael bedeutet auch, dafür zu sorgen, daß sie während der langen Zeit im Gefängnis nicht allein bleiben, daß sich Menschen um sie kümmern, sich mit ihnen auseinandersetzen, dafür sorgen, daß in der Öffentlichkeit immer wieder angeprangert wird, was mit Michael und Markus gemacht worden ist und noch gemacht wird, daß immer wieder versucht wird, Druck auszuüben, Ihre Freilassung durchzusetzen.

Die Unterstützung der von der Kriminalisierung Betroffenen ist eine Säule unseres Widerstandes. Jeder kann seinen Teil dazu beitragen.

## Der Prozeß

Im einzelnen auf diesen Prozeß einzugehen, der am 1.10. begann und 54 Verhandlungstage dauerte, ist

unmöglich. Wenige Punkte mögen dennoch deutlich machen, daß sich in diesem Prozeß kaum der Anschein von „Rechtsfindung“ oder gar „Gerechtigkeit“ gegeben wurde:

- Michael Duffke saß bis zum Prozeßende über 14 Monate in Isolations-„Untersuchungs“-Haft, wobei Briefbeschlagnahmen noch die geringsten Schikanen waren. Lange wurde bei Haftprüfungsterminen noch der schon längst widerlegte „Mordversuch“-Verdacht angebracht. Markus Mohr wurde während des gesamten Prozesses von einem schwebenden Haftbefehl bedroht. Mit diesen Maßnahmen wurde von Anfang an auf eine harte Aburteilung orientiert.

- Alle Anträge der Verteidiger, die ansatzweise politischen Inhalt hatten, wurden vom Gericht abgelehnt. Ebenso wurde der allergrößte Teil weiterer verteidigungsrelevanter Anträge der Anwälte abgelehnt, sodaß eine Verteidigung letztlich fast unmöglich gewesen ist. (Siehe auch Erklärung der Verteidiger)

- Nach 15 Prozeßtagen wurde die unbequeme, kritische Öffentlichkeit ausgeschlossen. Schon vorher hatte das Gericht kritische Presse nicht zugelassen (und dafür einen herben Ruffel des Bundesverfassungsgerichts erhalten).

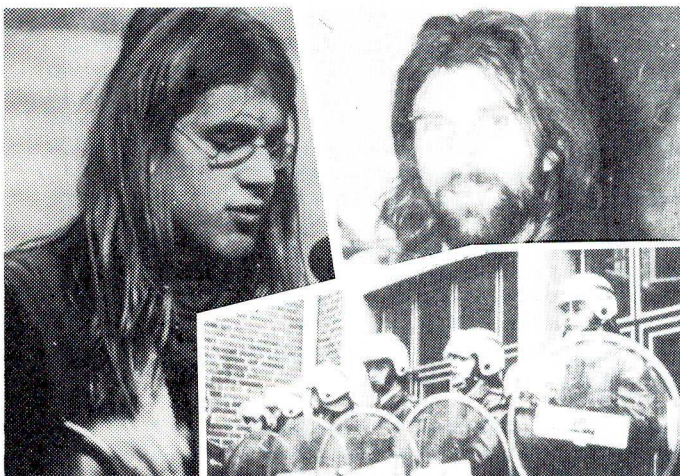
- Von Anfang bis Ende des Prozesses mußte sich Michael durch einen Psychater auf seinen Geisteszustand „begutach-

ten“ lassen. Für diesen stand Michael von Anfang an als Täter fest. Sein Gutachten endete mit der Feststellung: Auch nach einjähriger U-Haft sei bei Michael keine Änderung seiner „Bindungslosigkeit gegenüber staatlichen Ordnungsprinzipien und Gesetzen“ eingetreten, die man „gleichsam als parasozial bzw. dissozial“ bezeichnen könne. Man könne daher davon ausgehen, daß auch eine „mehrjährige Haftstrafe keine Änderung“ bringe. Also Sicherheitsverwahrung nach den 5½ Jahren für Michael?

- Auf Zeugen wurde massiv Druck ausgeübt, um sie zu „passenden Aussagen“ zu veranlassen. So sollte Uschi, die Markus am 28.2. beim Trampen aus Brokdorf mitgenommen hatte, als Hauptbelastungszeugin der Anklage aufgebaut werden. In ihrer Aussage vor Gericht berichtete Uschi von der ungläublichen Praxis der Vernehmungsbeamten, die sie vor den Augen ihrer Kollegen von der Arbeit abführen ließen und sie einschüchterten mit den Worten: „Geben Sie doch zu, daß Sie den Mörder Markus Mohr kennen, wir haben ohnehin genügend Beweise gegen ihn in der Hand..., falls Sie die Aussa-

ge verweigern, werden Sie vor Gericht geladen.“ Weiter sagte Uschi aus, daß sie bei dieser Vernehmung in ein vorgefertigtes Protokoll gepresst wurde, über das sie hinterher entsetzt war, als sie es durchlas. Vor Gericht bestätigte sie keine ihrer damaligen Aussagen. Dessen ungeachtet nahm Richter Selbmann ebendies erste Vernehmungsprotokoll zum Anlaß, Markus zu verurteilen. Nicht nur das, Uschi muß nun mit einem Meineidsverfahren rechnen. Das ist bundesdeutsche Aburteilungsjustiz!

Der Gutachter des Bundeskriminalamtes, der die Fotos (einziges mögliches Indiz gegen Michael) beurteilen sollte, meinte zur Zuverlässigkeit seiner von ihm selbst erfundenen Identifizierungsmethode, er habe sich noch nie geirrt, denn alle, die er vor Gericht identifiziert habe, seien auch verurteilt worden!



Markus Mohr ( links ), Michael Duffke ( rechts )

### Gemeinsame Erklärung der Verteidigung vom 6.5.1982

Wir werden nicht plädieren. Unser Selbstverständnis als Strafverteidiger verbietet es uns, für eine ausschließlich vom politischen Ziel bestimmte Justiz den Legitimationsrahmen im Schlußplädoyer abzugeben.

Die Anträge der Staatsanwaltschaft sind die unberrte Fortsetzung des Manövers mit dem Mordversuch im Vertrauen auf die emotionale Wirkung eines zum Sensationsbild hochgepeitschten Fotos. Nicht 53 Tage Beweisaufnahme haben die Anträge der Staatsanwaltschaft bestimmt. Sie verraten die gleiche Handschrift wie der Fahndungsauftrag, der wider besseres Wissen lebensgefährliche Verletzungen des Polizeibeamten Schütt behaupteten und das Graben-Foto zum Mordversuch erhob.

Die von Gericht und Staatsanwaltschaft immer wieder proklamierte Behauptung, dies sei kein politischer Prozeß, ist entlarvt. Der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft verrät seine aus der Verhandlung geschöpfte Überzeugung und ordnet sich dem politischen Kalkül der Landesregierung unter. Die eingeforderten 6 Jah-

re zielen auf den wahren Angeklagten, die Anti-AKW-Bewegung und ihren Widerstand.

Das Gericht hat für diese Strafanträge den Rahmen geschaffen: die ersten 3 Monate verhandelte die Jugendkammer ohne Anklage insgeheim auch über ein Tötungsdelikt; seit über einem Jahr hält sie bis heute den Haftbefehl gegen Michael Duffke aufrecht; ungeachtet der Intervention des Bundesverfassungsgerichts und der revisionsrechtlichen Folgen entschloß sich das Gericht zum prozessualen Durchmarsch. Es hat damit signalisiert, daß es sich den beispiellosen Strafanträgen nicht widersetzen werde.

Wir verweigern uns der Funktion des rechtsstaatlichen Alibis für die Legitimation eines Urteils, das immer noch maßlos ist, auch wenn es die fürchterliche Maßlosigkeit der Anträge der Staatsanwaltschaft nicht erreicht. Diese Linie der Verurteilung können wir nicht mit einem Plädoyer, mit argumentativer Überzeugung durchbrechen. Als letztes Mittel, solche Urteile abzuwenden, verlangt hier Verteidigung unserer Mandanten den Protest durch Verweigerung.

Als Verteidiger  
gez. Rosenkranz  
gez. Werner

gez. Tode  
gez. Baisch

**Gegen das Urteil gibt es keine Berufungsinstanz! Der einzige noch mögliche Weg ist die Revision beim Bundesgerichtshof. Einen Antrag dazu hat die Verteidigung gestellt.**

## Im Namen des Volkes

Do. 13. Mai 1982 Landgericht Itzehoe

Bevor Richter Selbmann das Urteil verkündete, gab er zunächst bekannt, daß gegen Markus ein Haftbefehl mit sofortiger Wirkung erlassen worden ist.

Dann verkündete er das Urteil:

Markus Mohr und Michael Duffke sind des „Schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung“ für schuldig befunden.

5 Jahre 6 Monate Knast für Michael

3 Jahre Knast für Markus

Beide Strafen nicht auf Bewährung.

Den größten Teil seiner Urteilsbegründung widmete er der Darstellung der Wilster Marsch und einem allgemeinen Ausflug in die Rechtsphilosophie. Der Staat sei zum Schutze des Demonstrationsrechtes verpflichtet, die Brokdorfdemonstration und das Verhalten der Angeklagten habe dieses Demonstrationsrecht grob verletzt. Jetzt müßten drakonische Strafen verhängt werden, sonst würde das zur Anarchie führen.

Obwohl dieser Prozeß über 50 Verhandlungstage in Anspruch nahm und es dabei zu vielen Darstellungen kam, die der Auffassung der Anklagevertreter widersprachen, beschränkte sich Selbmann dann nur auf die wenigen Indizien, die der Staatsanwalt schon vor Prozeßbeginn zusammengestellt hatte:

- das Foto ( das war der einzige, und dazu noch unsichere Belastungspunkt gegen Michael )

- die Aussage eines Kaufmanns, daß er Markus vor der Demo einen schaufelähnlichen Gegenstand verkauft habe (die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen wurde durch schwere „Erinnerungslücken“ vor Gericht sehr in Zweifel gezogen).

- Die Aussagen von Uschi aus ihrer ersten Vernehmung, die sie vor Gericht zurücknahm und auf die erpresserischen Vernehmungsmethoden der Kriminalbeamten zurückführte.

Diese drei „Beweise“ für Michaels und Markus' Schuld genügten dem Gericht, um die Angeklagte zu insgesamt 8½ Jahren Knast zu verurteilen.

Auf die ganzen Zeugenaussagen, die während des Prozesses gemacht worden sind, ging Selbmann mit keinem Wort ein. Für ihn gab es keinen Zweifel am Wahrheitsgehalt von Polizistenaussagen, ganz im Gegensatz zu den Aussagen von Leuten, die ja an einer verbotenen Demonstration teilgenommen hatten. Auch die Tatsache, daß mehrere parallel zu diesem Prozeß abgehandelte Verfahren gegen andere Brokdorf-Demonstranten wegen der Widersprüchlichkeit und erkennbar konstruierten Polizistenaussagen eingestellt werden mußten, konnte Richter Selbmann nicht beirren. Den Grundsatz jeder demokratischen Rechtsprechung „Im Zweifel für den Angeklagten“ schien er nicht zu kennen, wohl aber die Anweisung der Kiler Landesregierung nach einem Urteil, das auch abschreckt!

Zur Höhe des Urteils teilte Selbmann dann mit, entscheidend wäre nicht das Resultat der Gewaltanwendung – also die Tatsache, daß Schütt nur leicht verletzt wurde – sondern allein die Möglichkeit, daß durch Schläge auf den Helm auch schwere körperliche Verletzungen hätten verursacht werden können.

Zur Begründung, daß das Gericht im Fall von Markus über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß ( 2 Jahre mit Bewährung ) hinausgegangen sei, sagte Selbmann, daß durch das Verhalten von Markus während des Prozesses ( hier hatte Markus Stellungnahmen zum AKW-Widerstand, zu den Haftbedingungen von Michael, zum Psychiater Michaelis usw. abgegeben ), daß er sich nicht vom AKW - Widerstand losgesagt habe, deutlich geworden sei, daß ihm nur durch eine lange Freiheitsstrafe und ebenfalls durch die Prozeßkosten ( die hätte man ihm aufgrund des Jugendstrafrechts erlassen können ) eine „erzieherische Hilfe“ gegeben werden könne.